Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Politik und Sicherheit

Weltraumausschuss | Tagungen 2021

- Diskussionen über Weltraumbergbau
- Weltraum-Verkehrsmanagement drängt
- ›Space2030‹-Agenda und nachhaltige Entwicklung

Der **UN-Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums (Committee on the Peaceful Uses of Outer Space – COPUOS)** ist mit 95 Mitgliedstaaten das wichtigste multilaterale Forum für die internationale Zusammenarbeit im Bereich Raumfahrt und die damit verbundenen Rechtsfragen. Im Jahr 2021 fanden die Tagungen des Hauptausschusses (64. Tagung: 25.8.–3.9.) und seiner zwei Unterausschüsse, des Wissenschaftlich-Technischen Unterausschusses (58. Tagung: 19.–30.4.) und des Rechtsunterausschusses (60. Tagung: 31.5.–11.6.) pandemiebedingt in hybridem Format in Wien statt. Inhaltlich standen die Themen nachhaltige Raumfahrt, Fortentwicklung des Weltraumrechts und Weltraumanwendungen für nachhaltige Entwicklung auf der Erde im Mittelpunkt.

Status und Anwendung der UN-Weltraumverträge

Die Grundprinzipien der friedlichen Nutzung des Weltraums als internationalem Staatengemeinschaftsraum sind durch den COPUOS bereits im Jahr 1967 im Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraumvertrag) verankert worden, der mit 111 Vertragsstaaten einschließlich aller Raumfahrtnationen heute universelle Akzeptanz genießt. Der Ausschuss rief erneut alle Staaten auf, die Ratifikation der fünf UN-Weltraumverträge in Betracht zu ziehen und verabschiedete einen Leitfaden zum Weltraumrecht, der neuen Raumfahrtnationen den Zugang zu den internationalen Verpflichtungen sowie der Arbeit des COPUOS zu Themen wie Weltraumhaftung und Registrierung von Weltraumgegenständen erleichtert.

Weltraumbergbau

Die seit einigen Jahren geführte Diskussion um die Zulässigkeit und den Rechtsrahmen von Ressourcenaktivitäten im Weltraum mündete im Jahr 2021 in der Gründung einer Arbeitsgruppe im Rechtsunterausschuss. Deutschland hatte sich zusammen mit anderen europäischen Delegationen dafür eingesetzt, den Meinungsaustausch zu formalisieren und vor allem mit der Entwicklung konkreter internationaler Empfehlungen zu beginnen, wie zukünftig geplante Aktivitäten zur Erforschung, Nutzung und Ausbeutung von Naturschätzen auf dem Mond und anderen Himmelskörpern im Interesse der gesamten Staatengemeinschaft und auf nachhaltige, sichere und konfliktfreie Weise durchgeführt werden können. Der Arbeitsplan erstreckt sich zunächst auf fünf Jahre und sieht vor, dass auch die Beiträge nichtstaatlicher Akteure aus Wissenschaft, Industrie und der Zivilgesellschaft Berücksichtigung finden.

Nachhaltige Raumfahrt

Die Bedeutung von Maßnahmen für nachhaltige Raumfahrtaktivitäten, insbesondere zur Verringerung von Raumfahrtrückständen, sogenanntem Weltraumschrott, wurde von der Generalversammlung bereits im Jahr 2019 mit der Bekräftigung der im COPUOS ausgearbeiteten 21 Richtlinien zur langfristigen Nachhaltigkeit von Weltraumaktivitäten (Longterm Sustainability of Outer Space Activities – LTS) (A/74/20 Annex II) unterstrichen. Der zunehmende Weltraumverkehr und die sprunghaft unter anderem aufgrund sogenannter Mega-Satellitenkonstellationen wachsenden Weltraumobjektzahlen machen das Navigieren im erdnahen Orbit zunehmend gefährlich. Gleichzeitig steht der Informationsaustausch zur Koordinierung von Ausweichmanövern noch ganz am Anfang. Zur Förderung der Umsetzung der LTS-Richtlinien und zur Ausarbeitung weiterer Empfehlungen ist im Wissenschaftlich-Technischen Unterausschuss eine Folgearbeitsgruppe zur Nachhaltigkeit im Weltraum eingesetzt wor-

den. Mit ihr soll der Informationsaustausch und Kapazitätsaufbau zu bewährten Verfahren erleichtert werden.

Weltraum-Verkehrsmanagement drängt

In diesem Zusammenhang diskutierte der COPUOS die Notwendigkeit eines umfassenden internationalen Weltraum-Verkehrsmanagements. Dies wurde vom UN-Generalsekretär aufgegriffen, der in seinem im September 2021 vorgestellten Aktionsplan ›Unsere gemeinsame Agenda‹ (Our Common Agenda) einen hochrangigen politischen Dialog zur Fortentwicklung der Global Governance des Weltraums und insbesondere des Weltraum-Verkehrsmanagements vorschlägt.

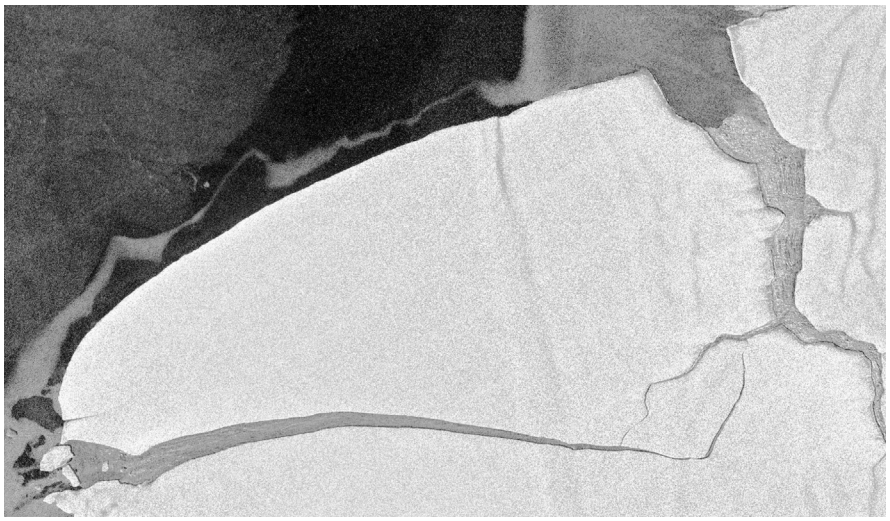
Raumfahrt als Motor für nachhaltige Entwicklung

Der Hauptausschuss finalisierte auf seiner 64. Tagung die über drei Jahre erarbeite ›Space2030‹-Agenda, die anschließend von der UN-Generalversammlung verabschiedet wurde (A/RES/76/3). Mit der Agenda werden Staaten, internationale Organisationen, private Akteure und die Zivilgesellschaft zur Zusammenarbeit aufgefordert, um die Vorteile von Raumfahrtanwendungen und aus dem Weltraum gewonnener Daten zur Erreichung der globalen Entwicklungsagenden einzusetzen. Entlang von vier Säulen – Raumfahrtwirtschaft, Raumfahrtgesellschaft, Zugänglichkeit und Weltraumdiplomatie – werden Ziele formuliert, wie insbesondere satellitengestützte Erdbeobachtung, Navigation und Kommunikation, um besser zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) beitragen zu können. Die ›Space2030‹-Agenda verweist dazu auf bestehende Initiativen und Instrumente wie die Plattform der UN für raumfahrtgestützte Informationen für Katastrophenmanagement und Notfallmaßnahmen (United Nations Platform for Space-based Information for Disaster Management and Emergency Response – UN-SPIDER), die Internationale Charta für Weltraum und Naturkatastrophen und das UN ›Space4Water‹-Portal. Der COPUOS wird sich in den kommenden Jahren mit den Fortschritten bei der Umsetzung der Agenda beschäftigen und abschließend dazu im Jahr 2030 an die Generalversammlung berichten.

Weitere Beschlüsse

Der Ausschuss nahm Berichte des Internationalen Netzwerks zur Warnung vor Asteroiden (IAWN) und der Beratungsgruppe für die Planung von Raumfahrtmissionen (SMPAG) zur Kenntnis und unterstrich die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit für die Entdeckung, Beobachtung, Frühwarnung und Eindämmung potenziell gefährlicher erdnaher Objekte. Das Mandat der Arbeitsgruppe zur Nutzung von Nuklearenergiequellen im Weltraum wurde zunächst nur für ein Jahr verlängert, da Diskussionsbedarf zum Format (Arbeits- oder Fachgruppe) besteht. Die Arbeitsgruppe ›Weltraum und Globale Gesundheit‹ einigte sich auf 15 Empfehlungen, die auf eine bessere Zusammenarbeit des Gesundheitssektors mit der Raumfahrtgemeinschaft abzielen und unter anderem zu einer Politik der offenen Daten im Bereich der für globale Gesundheit relevanten Geoinformationen aufrufen. Auf der Grundlage eines Arbeitspapiers der Internationalen Astronomischen Union (IAU) zum Thema ›dunkle und stille Himmel‹ wurden zudem die Auswirkungen großer Satellitenkonstellationen auf die Astronomie thematisiert. Sie erschweren die Erforschung des Nachthimmels. Das UN-Büro für Weltraumfragen (United Nations Office for Outer Space Affairs – UNOOSA) wurde beauftragt, im kommenden Jahr zur Sachlage zu berichten. Auf Vorschlag der Moon Village Association (MVA) und zurückgehend auf die erste Landung eines Menschen auf dem Mond im Jahr 1969 empfahl der COPUOS die Erklärung des 20. Juli zum internationalen Tag des Mondes.

Nicht erfolgreich war ein Antrag zur Befassung des COPUOS mit einer Reform des Systems der Internationalen Fernmeldeunion (International Telecommunication Union – ITU) zur Vergabe von Frequenzen im Erdorbit beziehungsweise zur Nutzung des geostationären Orbits. Wiederholt konnte sich der Hauptausschuss nicht auf die Zulassung von Beobachterstaaten einigen.



Mit Satelliten im Weltraum wird die Oberfläche der Erde genau beobachtet. Nicht nur Wälder, Siedlungen oder Landwirtschaftsflächen, sondern auch geologisch aktive Vulkan- und Erdbebengebiete können so überwacht werden. Die Daten dienen der Erforschung des Klimawandels. Die Aufnahme des deutschen Radarsatelliten TerraSAR-X zeigt Risse im Schelfeis auf Queen Maud Land in der Antarktis. FOTO: DEUTSCHES ZENTRUM FÜR LUFT UND RAUMFAHRT

Franziska Knur
(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Franziska Knur, Weltraumausschuss: Tagungen 2020, VN, 1/2021, S. 35, fort.)